

24. Zur Kritik der „Gewerkschaftlichen Orientierung“

beschlossen im Juli 1974 in Würzburg

Die 10. o. MV des SLH beschließt das Folgende als Grundlage der Diskussion über eine vom SLH zu erarbeitende Stellungnahme zur Position der sog. gewerkschaftlichen Orientierung aus sozialliberaler Sicht:

Innerhalb der studentischen Politik in der Bundesrepublik stellt heute die „gewerkschaftliche Orientierung“ einen wesentlichen Faktor dar. Sie wird hauptsächlich vom MSB Spartakus und dem SHB (MF) vertreten. Ihr Einfluß auf die Studentenbewegung zeigt sich in der „gewerkschaftlich orientierten“ Politik des VDS seit 1971 und nicht zuletzt in der Spaltung des SHB.

Deshalb ist es notwendig, die „gewerkschaftliche Orientierung“ in ihren Voraussetzungen als auch politischen Zielen von einer sozialliberalen Position aus zu untersuchen und zu kritisieren.

Dieser Beitrag ist nicht als Kritik an den Gewerkschaften oder gegen ein gemeinsames und einheitliches - quasi gewerkschaftliches - Vorgehen der Studenten zu verstehen. Im Gegenteil!

1. Voraussetzungen, strategische Konsequenzen und politische Ziele der „gewerkschaftlichen Orientierung“

Die Politik der „gewerkschaftlichen Orientierung“ kann nicht isoliert von den sie tragenden Gruppen, insbesondere also dem MSB Spartakus, gesehen werden. Eine Beurteilung dieser Gruppe und seiner Politik aber kann nur im Zusammenhang mit der Theorie und Praxis seiner Mutterpartei, der DKP, erfolgen.

Die DKP geht in ihrer Gesellschaftsanalyse von der Theorie des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ (Stamokap) aus. Nach dieser Theorie ist die gegenwärtige Gesellschaft in der Bundesrepublik durch die politische wie ökonomische Herrschaft von Monopolen charakterisiert. Der den Willen der Monopole vollständig ausführende Staat baut angeblich ständig demokratische Rechte in allen gesellschaftlichen Bereichen ab, um seine Macht zu vergrößern. Die Tendenz sei somit ein verschärfter ideologischer Kampf der „vorherrschenden Klasse“ gegen „sozialistische“ Zielsetzungen. Daraus ergebe sich ein massiver Interessengegensatz zwischen der „Monopolbourgeoisie“ einerseits und der Mehrheit der Bevölkerung, zu der auch die Studenten zählen, andererseits.

Um diese Situation zu „überwinden“, fordern die DKP und der MSB Spartakus die „Aktionseinheit“ zwischen der „fortschrittlichen Sozialdemokratie“ und der DKP und darüber hinaus das „breite, antimonopolistische Bündnis aus Christen, Liberalen, Demokraten, Sozialisten und Kommunisten“. Die Führung beim gemeinsamen „antimonopolistischen Kampf“ soll dabei bei der „Partei der Arbeiterklasse“, der DKP, liegen. Ziel dieses Bündnisses ist die Errichtung der „antimonopolistischen Demokratie“ als strategisches Zwischenziel und als machtpolitische Voraussetzung für die Errichtung des „Sozialismus“ in der BRD.

In das Bündnis sollen alle Organisationen der Arbeiter, Schulen, Betriebe und insbesondere die Gewerkschaften eingegliedert werden. Das heißt für den Spartakus, zum einen an den Hochschulen einen „gewerkschaftlich orientierten“, d. h. auf seine Position vereinheitlichten „antimonopolistischen“ oder „demokratischen Massenkampf“ zu führen, zum anderen durch Mitgliedschaft in den Gewerkschaften, insbesondere in der GEW, diese auf die DKP zu orientieren.

Somit ergibt sich die „gewerkschaftliche Orientierung“

(1) als Forderung nach Unterordnung unter den Führungsanspruch des Spartakus in Aktionen an der Hochschule

u n d

(2) als tendentielle Ausrichtung der Gewerkschaften, insbesondere der GEW, auf die DKP oder zumindest Teile ihrer Position.

Die Zielrichtung dieser Politik der DKP und des Spartakus liegt im „realen Sozialismus“, d. h. also in den Systemen der bestehenden „sozialistischen“ Länder, insbesondere der UdSSR und der DDR. Dort ist angeblich der „wahre Sozialismus“ verwirklicht.

2. Kritik aus Sozialliberaler Position

Der SLH kritisiert sowohl die Voraussetzungen als auch die politischen Perspektiven der Politik der „gewerkschaftlichen Orientierung“.

- (1) Die Verkürzung des Staates zum bloßen Instrument der Monopole stellt eine Vereinfachung der gesellschaftlichen Realität und Komplexität dar. Die sich aus den Strukturen der gewinnorientierten Industriegesellschaft ergebenden Bedingungen und Grenzen für die staatliche Politik werden nicht analysiert.

Das sich aus den Bedingungen und Strukturen der bestehenden Gesellschafts (Wirtschafts-)ordnung ergebende Bewußtsein (gekennzeichnet durch Gewinnorientierung, Konkurrenzverhalten, Aufstiegsorientierung innerhalb von Hierarchien usw.), das als gesellschaftsbeherrschendes Bewußtsein die bestehenden Verhältnisse fortlaufend stabilisiert und reproduziert, bleibt völlig außerhalb jeder Betrachtung.

Parteien, Betriebe, Verbände, Gewerkschaften und vielfältige gesellschaftliche Organisationsformen, wie z. B. Bürgerinitiativen, aber auch der gesamte staatliche Verwaltungsapparat, werden nicht auf ihre innerorganisatorischen Strukturen hin untersucht. Die Bürokratisierungs- und Oligarchisierungsproblematik wird nicht gesehen.

Die vielfältigen ideologischen und strukturellen Vermittlungen von Herrschaft, etwa durch Bedürfnis- und Meinungsmanipulation oder durch kompliziert gestufte Organisationssysteme der Abhängigkeit in Betrieb, Schule, Verwaltung und Familie, werden übersehen.

- (2) Gesellschaftsveränderung wird durch die Übernahme des Staatsapparates und von Entscheidungszentren mittels Auswechseln von Führungseliten durch die „Partei der Arbeiterklasse“ angestrebt.

Diese kritiklose Anwendung des leninschen Parteiprinzips ist Ergebnis eines elitären Anspruchs: Die Partei mit den „Führern der Arbeiterklasse“ erkennt die „objektiven Interessen“ der Bevölkerung und verfügt mit Hilfe des angeblich „wissenschaftlichen Sozialismus“ über die „richtige“ Theorie, aus der sich zu jedem Zeitpunkt die „richtige“ Politik ableiten läßt. Eine Selbstorganisation jeweils Betroffener, eine organisierte Opposition, Streikrecht und autonome Gewerkschaften, Meinungs- und Pressefreiheit, Minderheitenschutz usw. werden danach überflüssig und folgerichtig ausgeschlossen.

In der Konsequenz daraus sind die Forderungen der DKP und des MSB Spartakus nach „Demokratisierung“ und „Mitbestimmung“ nur als Mittel, nicht aber als Inhalt und Zweck ihrer Politik zu verstehen und zu begreifen. Damit wird auch die Forderung von MSB und SHB nach Aufheben des Privateigentums an Produktionsmitteln zur Farce, da bei einer abstrakten Übertragung von Besitztiteln auf den Staat und damit auf die führende Partei, die entscheidende Frage der Demokratisierung der Verfügungsgewalt ungelöst bleibt.

Der SLH geht grundsätzlich davon aus, daß die Veränderung der Gesellschaft nicht von einer selbsternannten Avantgarde, die zentralisierte Entscheidungen mit einem angeblich „wissenschaftlichen Sozialismus“ absichert, vorgenommen werden kann, sondern nur das Ergebnis des Mehrheitswillens einer bewußten Bevölkerung sein darf.

Damit werden von uns nicht die Notwendigkeiten zentraler Lenkung und Koordinierung geleugnet. Es kommt uns aber darauf an, daß die organisatorischen und bewußtseinsmäßigen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß die Bevölkerung die jeweilige Führung selbst bestimmt und durch Personenauswahl, Abwahl, Grundsatzentscheidungen und Mitbestimmung wirksam kontrollieren kann.

- (3) Das apologetische Verhältnis der DKP und des Spartakus zur Theorie und Praxis der KPdSU und der SED, der blinde Konsens mit der Außenpolitik der UdSSR, sind Ausdruck des Glaubens, daß diese UdSSR und die DDR den „gesetzmäßigen Aufbau des Sozialismus“ darstellen. In der DDR aber und in den anderen mit der UdSSR verbundenen Ländern ist die gesellschaftliche Veränderung nicht durch bewußte Arbeiter, sondern durch die „Rote Armee“ herbeigeführt worden.

Eine Veränderung des Arbeitsprozesses in den Betrieben ist nicht realisiert worden. Bei der mangelnden Beteiligung der Arbeiter an der gesellschaftlichen Planung (fehlende Mitbestimmung) tritt das Planungsprinzip - in der Erscheinung ähnlich dem Sachzwang-Prinzip der Technokraten - den Arbeitern als äußeres Zwangsgesetz auf.

Das Resultat einer ähnlichen Erfahrungswelt persönlicher Abhängigkeiten am Arbeitsplatz sind ähnliche Verhaltensmuster wie in unserer Gesellschaft (Konsum-, Statusbedürfnis usw.), auf die mit einem System „ökonomischer Hebel“ (z. B. Ausbau der Status- und Lohndifferenzierung, Verleihung Tausender von Verdienstorden usw.) eingegangen wird.

Kritik nicht nur an diesen restaurativen Tendenzen, sondern die Gesellschaftskritik insgesamt wird brutal unterbunden, in Sorge um die Reinhaltung der „Lehre“, die inzwischen nur noch als Rechtfertigungs-ideologie zur Aufrechterhaltung einer bürokratischen und autoritären Herrschaft dient.

Auf dem Hintergrund der dargestellten Position geht der MSB Spartakus mit der (angeblich nur von ihm leistbaren) Vertretung „materieller Studenteninteressen“ hausieren, deklariert aber gleichzeitig deren vollständige Durchsetzung als vom „Monopolkapital“ verschuldete Unmöglichkeit.

Dieses politische Konzept figuriert heute unter dem Titel der „gewerkschaftlichen Orientierung“ bei möglichster Vermeidung richtiger Aussagen über das Kapitalverhältnis und grundsätzlicher Gleichsetzung von Studenteninteressen mit denen der arbeitenden Bevölkerung.